

JAHRESBERICHT 2009

Berichtszeitraum: 01.01.2009 – 31.12.2009

Im Berichtszeitraum fanden vier Sitzungen des Tierschutzbeirates statt, und zwar am

- 19.02.2009 in einem Mutterkuhbetrieb in Elkenroth (AK),
- 09.07.2009 im Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (MUFV),
- 24.09.2009 im Hofgut Neumühle, Münchweiler an der Alsenz,
- 10.12.2009 in der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

Der Vorsitzende und weitere Mitglieder des Tierschutzbeirates haben darüber hinaus zahlreiche Termine wahrgenommen. Diesbezüglich wird auf die nachfolgenden, themenbezogenen Ausführungen verwiesen.

Tierschutzpreis 2009

Die Jury, in der für den Tierschutzbeirat Frau Dr. v. Gaertner und Herr Lindig vertreten waren, tagte am 30.10.2009 und bestimmte Herrn Hoffmann vom Tierschutzverein Haßloch sowie Frau Abels-Lahr aus Mainz, die sich der Igel- und Eichhörnchenaufzucht widmet, als Preisträger.

Landeswettbewerb "Tiergerechte Haltung" 2008 / 2009

Der Wettbewerb war diesmal für die Kategorien Legehennen-, Pferde- und Schweinehaltung ausgeschrieben. Insgesamt 12 Betriebe, welche aufgrund einer Vorauswahl nominiert worden waren, wurden durch die Bewertungskommission aufgesucht, in der Frau Dr. Bänsch den Tierschutzbeirat vertrat. Die Kommission unterbreitete daraufhin den Vorschlag an Herrn Landwirtschaftsminister Hering, die Preisgelder auf insgesamt 6 Betriebe zu verteilen.

Die Siegerehrung durch Herrn Minister Hering fand im Beisein der stellvertretenden Beiratsvorsitzenden Monika Arnold am 22.09.2009 auf dem Flurhof der Familie Fischer in Bad Marienberg statt, einem der prämierten Betriebe.

Forschungspreis des Landes für Alternativmethoden zum Tierversuch

Die Preisverleihung durch Frau Ministerin Conrad an ein Mainzer Pathologen-Team, welches sich mit dem Einsatz von Zellmodellen des Atmungsapparates zur Untersuchung lungentoxischer Fremdstoffe befasst hatte, fand am 02.06.2009 im Beisein mehrerer Mitglieder des Tierschutzbeirates, unter anderem des Jurymitglieds Dr. Christiane Baumgartl-Simons, statt. Für die mit 20.000 € dotierte Auszeichnung hatten insgesamt 8 Bewerbungen vorgelegen.

Rinderhaltung

Anlässlich seiner Sitzung am 19.09.2009 in einem Mutterkuhbetrieb im Kreis Altenkirchen informierte sich der Tierschutzbeirat über das dortige Betriebskonzept und diskutierte mit dem Tierhalter über die Kriterien einer tiergerechten ganzjährigen Weidehaltung. Unter anderem ging es um die Wahl der geeigneten Rasse, die Strukturierung der Weide und Witterungsschutzmaßnahmen.

Ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen in einzelnen Punkten war man sich einig, dass es sich vorliegend um eine besonders tiergerechte Haltungsform handelt, die insbesondere dem starken Bewegungsbedürfnis der Rinder Rechnung trägt.

Um eine Milchviehhaltung im Boxenlaufstall mit unterschiedlich gestalteten Liegeboxen ging es beim Besuch des Tierschutzbeirates im Hofgut Neumühle am 24.09.2009. Hierbei wurde insbesondere die hohe Milchleistung unserer heutigen Milchkühe thematisiert, die mit einer kurzen Nutzungsdauer (Ø 2 ½ Jahre) und leistungsassoziierten Erkrankungen wie Stoffwechsel- und Fruchtbarkeitsstörungen erkauft wird.

Am 27.04.2009 fand in den Räumen des Bauern- und Winzerverbandes Koblenz eine Informationsveranstaltung zum Thema Anbindehaltung von Rindern statt, die gemeinsam von MUFV und Tierschutzbeirat ausgerichtet wurde. Im Beisein von Vertretern aus Landwirtschaft, Tierschutz, Politik und Verwaltung fand nach zwei einführenden Fachvorträgen eine kontroverse Diskussion statt, bei der der Vorsitzende mit am Podium saß und Gelegenheit hatte, die Forderung des Tierschutzbeirates nach einem Verbot der Anbindehaltung – wenn auch mit angemessener Übergangsfrist – ausführlich zu begründen. Von Seiten der Landwirtschaft setzt man jedoch eher auf den Faktor Zeit. Die meisten Anbindehaltungen werden in der Tat aufgrund struktureller Veränderungen in den nächsten 10 Jahren von der Bildfläche verschwinden. Damit – so die Argumentation des Tierschutzbeirates – ist aber den Tieren in den verbleibenden Anbindeställen nicht gedient.

Mit Schreiben vom 06.08.2009 an Frau Ministerin Conrad empfahl der Tierschutzbeirat eine Initiative der Landesregierung mit dem Ziel des Verbots dieser Haltungsform, die mindestens in gleichem Maße tierquälerisch sei wie die Haltung von Legehennen in ausgestalteten Käfigen, gegen die das Land Rheinland-Pfalz mittels Normenkontrollklage vorgeht.

Ohne Verbot würde es auch noch in 30 Jahren angekettete Rinder geben, wenn auch geringerer Zahl.

Das Schreiben wurde durch Frau Staatssekretärin Kraege beantwortet, die zwar ein Verbot für die Zukunft nicht ausschloss, zugleich aber deutlich machte, dass man zunächst auf den Strukturwandel in der Milchviehhaltung, von dem kleinere Betriebe besonders betroffen sind, und auf staatliche Anreize für die Umstellung auf Laufstallhaltung setzt.

Am 20.11.2009 gab der Vorsitzende in einem Milchviehbetrieb in Argenthal dem SWR-Fernsehen ein ausführliches Interview zu diesem Thema für die Sendung „Im Grünen“, wobei er auf das natürliche Bewegungsbedürfnis und das Sozialverhalten von Rindern einging, denen bei der Anbindehaltung nicht Rechnung getragen wird.

Weidehaltung im Sommer

Am 21.08.2009 nahm der Vorsitzende gegenüber einem Redakteur der Nassauischen Neuen Presse Stellung zu der Frage, ob Weidetiere in Anbetracht der derzeitigen Hitze und starken Sonneneinstrahlung Schatten benötigen. Die Frage war eindeutig zu bejahen, auf eine Pressemitteilung des Tierschutzbeirates vom 28.07.2008 wurde verwiesen.

Rodeoveranstaltungen

Am 25. und 26.07.2009 fand auf dem Freizeitgelände am Nürburgring eine Rodeoveranstaltung statt, für deren Durchführung sich der veranstaltende Unternehmer auf eine tierschutzrechtliche Erlaubnis des Landkreises Darmstadt-Dieburg berief, in die auch das Bull Riding (Bullenreiten) eingeschlossen war.

In enger Absprache mit dem Tierschutzbeirat verfügte die für den Veranstaltungsort zuständige Kreisverwaltung Ahrweiler eine Teilrücknahme dieser Erlaubnis, womit die Rodeodisziplin Bullenreiten ausgeschlossen wurde. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, dass es sich um eine Darbietung handelt, bei der das natürliche Abwehrverhalten des Rindes für Showzwecke instrumentalisiert wird und bei der die Tiere Stress empfinden, Der gegen den angeordneten Sofortvollzug gerichtete Antrag des Betreibers wurde sowohl vom Verwaltungsgericht Koblenz als auch vom Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz abgelehnt.

Am 25.07.2009 besuchte der Vorstand des Tierschutzbeirates die Veranstaltung und kam zu dem Ergebnis, dass – nachdem das Bullenreiten abgesetzt werden musste – keine Verstöße gegen das Tierschutzgesetz festzustellen waren. Unter anderem wurden Saddle Bronze Riding („Wildpferdreiten“) mit losem Flankengurt und Cutting (Absondern von Rindern aus einer Herde) gezeigt.

Der Veranstalter hat inzwischen angekündigt, seinen Widerspruch aufrechtzuerhalten, so dass eine Entscheidung im Hauptsacheverfahren zu erwarten ist.

Virtuelles Zaunsystem für Pferde

Auf Anfrage der Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz e. V. (GNOR) nahm der Tierschutzbeirat mit Schreiben vom 29.05.2009 zu einem geplanten Beweidungsprojekt im Kreis Mainz-Bingen Stellung, wo Exmoorponys in einem großflächigen, brach gefallenen Weinbergsgelände mittels eines Zaunsystems „Boviguard“ gehalten werden sollen. Hierbei werden die Tiere mit einem Halsband mit Impulsgeber versehen. Bei Annäherung an einen auf dem Boden verlegten Induktionsdraht erfolgt zunächst ein akustisches Signal, bei weiterer Annäherung ein elektrischer Impuls. Der Tierschutzbeirat vertrat die Auffassung, dass dem Verfahren allenfalls dann nichts entgegensteht, wenn die Pferde es innerhalb eines vertretbaren Zeitrahmens lernen, damit umzugehen, was bedeutet, dass eine Flucht nach vorne, durch den virtuellen Zaun, unterbleibt. Diesbezüglich lägen aber noch keine hinreichenden Erfahrungen vor, das System sollte zunächst in kleinerem Maßstab getestet werden.

Die Mitglieder des Tierschutzbeirates zeigten sich bei einer Erörterung des Themas weit überwiegend skeptisch, ob das Verfahren bei Pferden funktioniert.

Der Vorsitzende nahm in der Folgezeit Kontakt mit Frau Dr. Willa Bohnet vom Institut für Tierschutz und Tierverhalten der Tierärztlichen Hochschule Hannover auf, die zusagte, zu dem Projekt Informationen einzuholen und Stellung zu nehmen.

Schächten

Bei der Sitzung am 09.07.2009 wurden die anwesenden Vertreter des MUFV um Prüfung gebeten, unter welchen Voraussetzungen nach Inkrafttreten der in Vorbereitung befindlichen EU-Verordnung über das Töten von Tieren ein Schächtverbot auf nationaler Ebene noch möglich ist. Die Verordnung, die voraussichtlich im Jahre 2011 in Kraft tritt, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit kein Verbot des Schächtens enthalten.

Mit Schreiben vom 21.09.2009 teilte das MUFV mit, dass gemäß neuester Entwurfsfassung der EU-Verordnung ein national von einem Mitgliedsstaat vor Inkrafttreten dieser Verordnung erlassenes Schächtverbot nicht im Widerspruch zu der EU-Verordnung stünde.

Der Tierschutzbeirat äußerte daraufhin in einem Schreiben an das MUFV die Bitte, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass noch vor Inkrafttreten der EU-Verordnung ein nationales Verbot ergeht oder doch zumindest eine entsprechende Ermächtigungsnorm ins Tierschutzgesetz aufgenommen wird.

Heißbrand bei Pferden

Nach der EU-Verordnung 504/2008 müssen ab 01. Juli 2009 alle neu geborenen Equiden mit einem Transponder (Chip) gekennzeichnet werden. Damit gibt es nach übereinstimmender Auffassung des Tierschutzbeirates keinen vernünftigen Grund mehr, Pferde zusätzlich mit einem Brandzeichen zu versehen, was für die Tiere mit erheblichen Schmerzen verbunden ist.

Mit Schreiben vom 05.11.2009 fragte der TSB beim Pferdezuchtverband Rheinland-Pfalz-Saar an, wie man dort mit der Thematik umzugehen gedenkt. Eine Antwort lag zum Ende des Berichtszeitraums noch nicht vor.

Schafhaltung

Am 03.04.2009 wurde in Kundert (WW) ein ausführliches Gespräch des Vorsitzenden mit einer Redakteurin des SWR-Fernsehens für die Sendung „Im Grünen“ aufgezeichnet. Es ging hierbei um Tierschutzprobleme, die im Zusammenhang mit Fütterung, Schur, Klauenpflege und insbesondere dem Ablammen der Schafe im Winter auftreten können.

Impfung gegen Blauzungenkrankheit (BT)

Mit Pressemitteilung vom 12.11.2009 erteilte der Tierschutzbeirat der Aufhebung der Impfpflicht gegen die Blauzungenkrankheit, wie sie von den meisten Bundesländern – nicht von Rheinland-Pfalz – favorisiert wird, eine klare Absage. Die Erfahrung der beiden vergangenen Jahre würde zeigen, dass bei Fortführung der Pflichtimpfung eine realistische Chance besteht, den Erreger in den nächsten Jahren vollständig auszurotten. Dagegen werde der Wechsel in die Freiwilligkeit absehbar dazu führen, dass die Seuche wieder aufflackert, verbunden mit erheblichem Leiden für die betroffenen Tiere. Im Jahr 2007, vor der Impfung, sind in Rheinland-Pfalz über 1.000 Rinder und fast 4.000 Schafe an BT verendet, viele tausend Tiere erkrankten darüber hinaus und überlebten mit zum Teil erheblichen Folgeschäden. Durch die flächendeckende Impfung kam es in 2008 zu einem starken Rückgang und in 2009 zum fast völligen Versiegen des Seuchengeschehens.

Kastration von Eberferkeln

Bei der Sitzung des Landesmarktverbandes für Vieh und Fleisch Rheinland-Pfalz am 18.11.2009 in Mainz referierte der Vorsitzende des Tierschutzbeirates über den Wirkungsmechanismus und die Anwendung von „Improvac“, des inzwischen zugelassenen Impfstoffs gegen den Ebergeruch. Erwartungsgemäß wurde deutlich, dass vor einem größeren Einsatz noch Akzeptanzprobleme zu überwinden sind. Auch bestehen noch offene Fragen hinsichtlich der Häufigkeit von „Ausreißern“, also solchen Ebern, bei denen trotz Behandlung Geschlechtsgeruch auftritt.

Das Thema war zuvor bereits bei der Mitgliederversammlung des Vieh- und Fleischhandelsverbandes Hessen und Rheinland-Pfalz am 31.10.2009 in Hachenburg erörtert worden, wo der Vorsitzende ebenfalls als Gast anwesend war.

Bei der Sitzung des Tierschutzbeirates am 10.12.2009 wurde das Thema zum wiederholten Male erörtert. Das Gremium kam überein, das Geschehen um „Improvac“ zunächst aufmerksam zu beobachten, ehe man damit an die Öffentlichkeit geht.

Haltung von Legehennen

An einer vom MUFV veranstalteten Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema am 29.06.2009 im Kurfürstlichen Schloss Mainz, bei der es insbesondere um die sogenannte Kleingruppenhaltung und die diesbezügliche Normenkontrollklage des Landes Rheinland-Pfalz ging, nahm der Vorsitzende auf dem Podium teil. Er untermauerte in der Diskussion die bereits zuvor von Frau Ministerin Conrad geäußerten Bedenken gegen jegliche Form der Käfighaltung und bezeichnete die in der Kleingruppenhaltung vorgesehenen Elemente Gruppennest, Scharrbereich und Sitzstangen als Alibieinrichtungen, die den Verhaltensbedürfnissen der Hennen nicht einmal ansatzweise Rechnung tragen.

Europäische Schweinepest

Mit einer Pressemitteilung vom 24.03.2009 kritisierte der Tierschutzbeirat, dass es nach wie vor Jäger gibt, die das Schwarzwild im Übermaß füttern und damit zu einer hohen Population und einer Gefährdung der Hausschweinebestände durch die Schweinepest beitragen. Vorausgegangen war ein Fall im Rhein-Lahn-Kreis, wo ein Revierinhaber verbotswidrig Futterautomaten aufgestellt und darüber hinaus säckeweise Getreide auf Futterplätze geschüttet hatte.

Novellierung des Landesjagdgesetzes (LJG)

Mit Schreiben vom 14.08.2009 an Frau Ministerin Conrad forderte der Tierschutzbeirat ein generelles Verbot des Abschusses von Hunden und Katzen. Angesichts ordnungsrechtlicher Möglichkeiten, auf nachlässige Tierhalter einzuwirken, gebe es hierfür keinen vernünftigen Grund. Der Katzenabschuss berge zudem die Gefahr der Verwechslung mit Wildkatzen.

In ähnlicher Weise äußerte sich der Tierschutzbeirat in einer Pressemitteilung vom 02.09.2009 sowie in einem Interview des Vorsitzenden mit dem SWR-Hörfunk am 08.09.2009, nachdem ein erster Entwurf der Neufassung des LJG vorlag, in dem der Abschuss nach wie vor unter bestimmten Voraussetzungen zulässig ist.

In ihrem Antwortschreiben sagte die Ministerin zu, die Anregung des Tierschutzbeirates in die Diskussion um die Neufassung einfließen zu lassen.

Der Tierschutzbeirat äußerte sich im Übrigen mit Schreiben vom 02.11.2009 überwiegend positiv zum LJG-Entwurf.

Ausdrücklich begrüßt wurden das Verbot der Verwendung von Bleischrot bei der Jagd auf Wasserwild, die erweiterten Wildfolgebestimmungen sowie die vorgesehene Möglichkeit, dass kranke oder verletzte Wildtiere durch nicht jagdtausübungsberechtigte Personen zu einem Tierarzt oder einer Pflegestelle gebracht werden dürfen.

Abweichend vom Entwurf wurden neben dem Verbot des Haustierabschusses verbindliche Regelungen dergestalt gefordert, dass sich die Jäger jährlich an einer behördlichen anerkannten Schießübung zu beteiligen haben.

Frischlingsfallen

Aufgrund einer Anfrage des Tierschutzbeirates erging am 02.10.2009 eine umfangreiche Darstellung des MUFV zur Begründung des Einsatzes von Frischlingsfallen und zu dessen Umfang. Das Ministerium sieht die Anwendung der Fallen nach wie vor als eine zur Bekämpfung der Schweinepest notwendige seuchenhygienische Maßnahme. Die Zahl der innerhalb von Landesforsten Rheinland-Pfalz eingesetzten Fallen betrage aktuell 29 und sei damit gegenüber den beiden vorigen Jagdjahren leicht rückläufig. Für die gemeinschaftlichen Jagdbezirke sowie private oder kommunale Eigenjagdbezirke lägen keine Angaben vor.

Kommunal- und Verwaltungsreform

Der Tierschutzbeirat nahm auf Ersuchen des Ministeriums des Innern und für Sport zum Entwurf eines Zweiten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform Stellung und begrüßte die vorgesehene Verlagerung der Zuständigkeit auf dem Gebiet des Tierschutzrechts von den kreisfreien Städten auf die jeweiligen Kreisverwaltungen. Dadurch sei gewährleistet, dass für die Aufgabenwahrnehmung durchgängig amtstierärztlicher Sachverstand zur Verfügung steht.

Im Übrigen werden Tierschutzaspekte durch den Entwurf nicht berührt.

Himmelslaternen

Eine nachträgliche Bestätigung erfuhr ein Schreiben des Tierschutzbeirates vom 28.10.2008 an das Ministerium des Innern und für Sport, mit dem wegen der Brandgefahr und des möglichen Erschreckens von Tieren ein Verbot von Himmelslaternen gefordert worden war. Zunächst sah man hier seitens des Ministeriums keinen Regelungsbedarf, Ende September 2009 kündigte Innenstaatssekretär Lewentz dann doch vor dem Hintergrund schwerster Brandunfälle in anderen Bundesländern ein landesweites Verbot an.

Situation der Tierheime in Rheinland-Pfalz

In einem Beitrag des SWR-Fernsehens (Sendetermin 29.10.2009) äußerte der Vorsitzende des Tierschutzbeirates seine Sorge um die zunehmende Belastung der Tierheime. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation kämen viele Tierhalter ihren Verpflichtungen nicht mehr nach, insbesondere soweit es um notwendige tierärztliche Behandlungen geht. Er appellierte an die Bürger, sich vor einer Anschaffung von Tieren über deren Bedürfnisse, aber auch über die entstehenden Kosten zu informieren.

Qualzucht bei Hunden

Mit Schreiben vom 12.02.2009 an die für den Vollzug des Tierschutzgesetzes zuständigen Behörden in Rheinland-Pfalz erläuterte der Tierschutzbeirat die Problematik einer zunehmenden Zucht auf Kurzköpfigkeit, besonders beim Mops, wodurch eine Atemnot der Tiere vorprogrammiert ist. Zugleich bot er an, für ein Musterverfahren in zweierlei Hinsicht Unterstützung zu gewähren:

1. Vermittlung eines Fachtierarztes / einer Fachtierärztin für die Befunderhebung.
2. Übernahme der Kosten für die Begutachtung.

Innerhalb des Berichtszeitraumes wurde von der Offerte noch kein Gebrauch gemacht.

Gefährliche Hunde

Im Rahmen der Zusammenarbeit der deutschen Tierschutzbeiräte unterstützte der hiesige Beirat eine Initiative des Hamburger Tierschutzbeirates, der Argumente für einen schriftlichen Appell an das Bundesministerium des Innern sammelte, mit dem eine Streichung der sogenannten Rasselisten der Bundesländer angestoßen werden soll. Der Tierschutzbeirat Rheinland-Pfalz hatte sich bereits vor Jahren dagegen gewandt, die Gefährlichkeit von Hunden an deren Rasse festzumachen, und eine entsprechende Publikation auf seiner Internetseite eingestellt.

Schutzhundausbildung

Die Erörterung dieses Themas bei der Sitzung am 19.02.2009 führte zu dem Ergebnis, dass die Schutzhundausbildung bei privat gehaltenen Hunden abzulehnen ist, da sie aggressionsfördernd wirken kann, die Hunde u. U. bei der Ausbildung leiden müssen und es im Übrigen keinen Bedarf gibt. Vielmehr zeigt die Erfahrung der Tierheime, dass potentielle Erwerber „friedliche“ Hunde suchen.

Der Tierschutzbeirat wird das Thema zum Schwerpunkt seiner Sitzung am 01.07.2010 machen. Zu diesem Termin hat die bekannte Verhaltensforscherin Dr. Dorit Feddersen-Petersen von der Universität Kiel ihre Teilnahme zugesagt.

Katzenproblematik

Bei seiner Februar-Sitzung befasste sich der Tierschutzbeirat mit dem bemerkenswerten Vorstoß der Stadt Paderborn, die mittels ordnungsbehördlicher Verordnung die Kastration und Kennzeichnung von Freigängerkatzen grundsätzlich vorgeschrieben hat.

Aus dieser Erörterung resultiert ein Schreiben an das Ministerium des Innern und für Sport vom 25.03.2009 mit dem Vorschlag, auch hiesigen Kommunen diesen Schritt zu empfehlen und ihnen konkrete Hinweise zur Umsetzung zu geben.

Mit seinem Antwortschreiben vom 28.04.2009 vertrat Innenminister Bruch die Auffassung, dass eine Zunahme der Bestandsdichte von Katzen für sich betrachtet noch keine ordnungsrechtlich relevante Gefahrenlage impliziert und insofern zureichende rechtliche Eingriffsvoraussetzungen für entsprechende Gefahrenabwehrverordnungen nicht gesehen werden.

Am 27.04.2009 gab der Vorsitzende dem SWR-Fernsehen für die Sendung „Im Grünen“ ein Interview zum Thema Fundkatzen. Er beklagte, dass nach wie vor ein Großteil der in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten von ehrenamtlich tätigen Personen und Organisationen getragen werden müssen.

Schwäne an der Mosel

Mit Pressemeldung vom 30.04.2009 beklagte der Tierschutzbeirat, dass im Bereich Cochem mehrere Schwanennester offenbar von Menschenhand zerstört worden sind, und rief die Bevölkerung zu besonderer Aufmerksamkeit auf. Zugleich wurden Überlegungen örtlicher Politiker, die Cochemer Schwände an andere Moselabschnitte oder gar an den Rhein umzusiedeln, als undurchführbar und unsinnig zurückgewiesen. Auch das MUFV hat solche Bestrebungen in der Folgezeit eine klare Absage erteilt und sich dabei auf eine Stellungnahme des Tierschutzbeirates berufen.

Durch einen Tierschützer, der persönlich nicht in Erscheinung treten wollte, erreichten den Tierschutzbeirat Ende Mai Hinweise auf offensichtlich verbotswidriges bzw. unsachgemäßes Angeln im Bereich Zell. Es würden Kinder beim Angeln beobachtet sowie Personen, die ihre Angel am Wasser aufstellten und sodann völlig unbeaufsichtigt ließen, wodurch Schwäne und andere Wasservögel gefährdet würden. Am Sonntag, dem 07.06.2009, suchte der Vorsitzende die Örtlichkeit auf, fand aber jedenfalls an diesem Tag die Angaben nicht bestätigt, was auch für den restlichen Verlauf der Mosel bis zur Mündung gilt. Vorsorglich wurde dennoch die Kreisverwaltung Cochem-Zell benachrichtigt.

Tierversuche

Die Sitzung am 10.12.2009 fand auf dem Gelände der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz statt und begann mit einer Führung durch den im Endstadium der Bauarbeiten befindlichen Neubau der Zentralen Versuchstiereinrichtung.

Im Beisein des Präsidenten und weiterer kompetenter Vertreter der Universität wurden anschließend konkrete Fragen zu dortigen Tierversuchen sowie grundsätzliche Aspekte der Tierversuchsproblematik erörtert.

Ein Lehrstuhl für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch, wie er bereits vor Jahren vom Tierschutzbeirat vorgeschlagen wurde, ist nach Darstellung des Präsidenten nach wie vor nicht realisierbar, wobei auch Kostengründe eine Rolle spielen. Gleichwohl sei jeder Forscher bestrebt, Ersatzmethoden anzuwenden und weiterzuentwickeln, schon deshalb, weil Tierversuche teuer, langwierig und schwierig sind. So werde die Zellbiologie als primäre Ersatzmethode forciert betrieben.

Die Vertreter der Universität verwiesen aber auch auf Grenzen der Alternativmethoden in der medizinischen Forschung.

Der Vorschlag, den Ist-Zustand des Einsatzes von Ersatz- und Ergänzungsmethoden in einem jährlichen Bericht darzustellen, fand beim Präsidenten eine positive Resonanz.

Treffen der Tierschutzbeiräte

Nach der ersten Zusammenkunft im vergangenen Jahr in Oldenburg fand das Zusammentreffen diesmal am 03./04.12.2009 in Berlin statt, wo 14 Bundesländer vertreten waren, der Tierschutzbeirat Rheinland-Pfalz durch den Vorsitzenden und seine Stellvertreterin. Neben grundsätzlichen Fragen der künftigen Zusammenarbeit wurde eine Vielzahl von Sachthemen erörtert, wobei durchweg Einvernehmen erzielt werden konnte. So war man sich einig in der Ablehnung des Abschusses von Haustieren im Rahmen der Jagd, der Forderung nach alsbaldiger Umsetzung des Bundesratsbeschlusses in Sachen Wildtiere im Zirkus und der Erkenntnis, dass in der Zucht von Nutztieren vielfach Leistungsgrenzen erreicht bzw. sogar überschritten sind. Vor dem Hintergrund einer drohenden Verschlechterung des Tierschutzes im Wege der Novellierung der EG-Richtlinie über Tierversuche erging ein gemeinsames Schreiben der Teilnehmer an die deutschen Vertreter im EU-Parlament.

Das nächste Treffen soll Anfang Dezember 2010, wiederum in Berlin, stattfinden.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit im Tierschutz

Am 07. und 08.03.2009 nahm der Vorsitzende im Rahmen einer Tagung „Tierschutz zwischen Vollzug und Gericht“ an der Evangelischen Akademie Bad Boll an einer Podiumsdiskussion teil, die sich mit Fragen der Aus- und Fortbildung von Angehörigen verschiedener Berufs- und

Interessengruppen, die im Tierschutz tätig sind, sowie mit Möglichkeiten befasste, deren Kooperation zu verbessern. Aus der Diskussion wurde unter anderem die Forderung entwickelt, Schwerpunktstaatsanwaltschaften und –gerichte für den Tierschutz zu etablieren, wie es sie in Rheinland-Pfalz bereits gibt, allerdings bislang nur auf dem Sektor Lebensmittelüberwachung.

Fortbildung

Am 12. und 13.03.2009 besuchte der Vorsitzende das 7. Niedersächsische Tierschutzsymposium in Oldenburg, bei dem es u. a. um tiergerechte Kälberhaltung, die ganzjährige Weidehaltung von Pferden, Boden- und Volierenhaltung von Legehennen und tierärztliche Strategien im Umgang mit verletzten Wildvögeln ging.